

BA-3

Beschluss

Medienkompetenz in der neuen Medienwelt stärken

- Neben einer Überarbeitung der Lehrpläne gilt es festzuhalten, dass ein Verbot von Smartphones und/oder Tablets kein geeignetes Mittel ist, um Medienkompetenz zu erlangen und auszubauen.
- Der Bildung von zeitgemäßer Medienkompetenz muss endlich in den Lehrplänen der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer eine wichtige Stellung und mehr Raum gegeben werden. Hierzu müssen digitale Medien verstärkt im Unterricht zur Sprache kommen.

Nie war es in Zeiten digitaler Medien wichtiger, die Medienkompetenz junger Menschen zu stärken. Immer häufiger treten neben traditionelle Nachrichtenmedien, wie Zeitungen und Fernsehen, neue Angebote, wie Blogs und Videoportale (z.B. YouTube). Die Unterscheidung seriöser und qualitativ hochwertiger journalistischer Angebote wird zunehmend schwieriger, zumal Filterblasen und social bots gesellschaftliche Stimmungen oft erst künstlich produzieren. Aus vergangenen Wahlkämpfen rund um den Globus lässt sich immer deutlicher der große Einfluss von social media-Kampagnen aufzeigen. An die neuen Medienkonsument*innen, also zumeist jungen Leuten, werden demnach hohe Anforderungen bezüglich der Einschätzung von Nachrichteninformationen gestellt. Dieser Herausforderung nimmt sich politischer Unterricht und Medienbildung bisher zu wenig an. Zudem werden in Unterrichtsstunden zu Nachrichtenkompetenz noch mehrheitlich klassische Medienformate behandelt. Das geht an der Medienrealität und dem Nutzungsverhalten junger Menschen längst vorbei. So vertreiben sich Menschen in sozialen Netzwerken nicht nur ihre Freizeit, sondern nutzen sie intensiv als Plattform zur Sammlung politischer Informationen.

- Das Thema „Nachrichtenkompetenz“ muss fest in der Lehraus-, fort- und Weiterbildung berücksichtigt werden.

Zeitgemäße Medienbildung muss auch die neuen Medien in den Fokus nehmen, die Jugendliche nutzen. Das heißt nicht, dass Medienbildung neu erfunden werden muss. Die Mediennutzung ist mittlerweile vielfältiger, interaktiver und netzwerkförmig. Das heißt, Jugendliche bringen sich mehr in die Medienproduktion selbst ein – und sei es nur durch die Nutzung der Kommentarfunktion. Medienbildung muss aber auch hier aufklären, wie digitale Medienkanäle funktionieren und welche Geschäftsfelder dahinter stehen. Neben journalistische Angebote treten immer mehr public relations-Kampagnen. Eine gute Medienbildung vermittelt, warum der Anspruch eines journalistischen Blogs ein anderer ist, als der eines AfD-News Rooms oder der/des Regierungssprechers/sprecherin. Diese Aspekte müssen in der Lehrer*innenbildung berücksichtigt werden.

- Es sind Medienprojekte im Kontext von politischer Bildung verstärkt zu fördern.

Das „W wie Werter“-Papier und das Medienkonzept des Sächsischen Ministeriums für Kultus (SMK) wollen die politische Bildung im Freistaat vorantreiben. Dass es aber im Bereich der Nachrichtenkompetenz viel aufzuholen gilt, findet in beiden Papieren kaum Beachtung. Zunächst muss also auf gesellschaftspolitischer Ebene ein Bewusstsein für den Zusammenhang von politischer Bildung und Medienkompetenz geschaffen werden. Die Landesregierung wird aufgerufen, Medienprojekte verstärkt zu fördern, die die Nachrichtenkompetenz mit neuen Medien thematisieren. Neben einzelnen Projekttagen und Workshops sollten auch langfristig angelegte Projekte mit Schüler*innen ermöglicht werden.

Die Neuaufstellung des Lehrplans für Gemeinschaftskunde/Recht/Wirtschaft (GRW) ist für die Stärkung der hier geforderten Medienkompetenz zu nutzen.

Weiterleitung an: Landesparteitag SPD Sachsen